

Lfd. Nr. 126/19 L

Lfd. Nr. 260/19 S

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen / städtischen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 01. November 2018**

**Sachstand zu Projekten im Handlungsfeld „Digitalisierung und Bürgerservice“ im
Rahmen der Verstärkungsmittel für den Haushalt 2018/2019**

A. Problem

Der vom Senat vorgelegte Entwurf für den Haushalt 2018/2019 sieht u.a. Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld „Digitalisierung und Bürgerservice“ im Umfang von ca. 40 Mio. € vor. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport hat hierzu für die kommenden beiden Haushaltsjahre ergänzend zu den in der Sitzung vom 14. Dezember 2017 (Lfd. Nr. 90/19 L, Nr. 197/19 S) beschlossenen Projekte vier weitere ergänzende Projekte (Ergänzende Projekte Digitalisierung, EPD) angemeldet. Die Verausgabung der Mittel für alle Projekte wurde durch den Haushalts- und Finanzausschuss freigegeben.

Die staatliche / städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet um Berichterstattung in den einzelnen Projekten.

B. Lösung

Die Anlage 1 gibt einen Gesamtüberblick über die Projekte bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport. Die Projekte sind unter dem „Programm Soziales 2025“ gebündelt.

Zu den Sachständen der Projekte im Einzelnen:

(D1) Beschleunigung der flächendeckenden Nutzung von VIS und Einführung der e-Akte für das Fachverfahren OPENProsoz im Amt für Soziale Dienste

a) Abbildung von Arbeitsabläufen und Musterprozessen

Die geplante Stelle ist seit 15.05.2018 besetzt. Im Rahmen der Aufgaben werden die Arbeitsabläufe in den Organisationseinheiten der senatorischen Dienststelle analysiert und abgebildet. Es werden Musterprozesse modelliert, dokumentiert und implementiert. Darüber hinaus werden Vorgehensweisen für die Analyse der Schriftgutstrukturen erarbeitet.

b) Konzepterstellung und Planung der Einführung der e-Fallakte im Amt für Soziale Dienste

In den Haushaltsjahren 2018/ 2019 werden konzeptionelle Vorarbeiten geleistet, um die Einführung der e-Fallakte in den darauf folgenden Jahren 2020/2021 zu ermöglichen. Ziele sind das papierlose Büro, medienbruchfreie Aktenführung und die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben. Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist erstellt worden. Eine gesonderte Senats- und Deputationsbefassung ist in Vorbereitung.

(D3) Antragslose Geburtsurkunde/Elterngeld/Kindergeld

Dieses Projekt gliedert sich in unterschiedliche Teilbereiche:

a) Einführung Elterngeld Digital

Das Projekt liegt im Zeitplan. Der erste Test ist in Bremen erfolgt und die Ergebnisse sind an das Bundesministerium weitergegeben worden. Der Zieltermin für die Online-Verfügbarkeit ist der 28. Februar 2019.

b) Einführung E-Akte Elterngeldstelle

Das Projekt ist im Zeitplan. Die Aufträge für die Hard- und Software sind erfolgt. Die Einführung ist für Mitte Januar 2019 vorgesehen.

c) ELFE – Einfach Leistungen für Eltern

In Bremen ist es ein gemeinsames Projekt der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und der Senatorin für Finanzen.

Die Zielsetzung ist:

- Eltern bekommen schnell und unkompliziert eine individuell auf ihre Lebenssituation zugeschnittene Leistung
- Die beteiligten Behörden werden von Doppel- und Erfassungsarbeiten entlastet und können ihren Gesetzesauftrag der individuellen Beratung besser erfüllen

Eine Digitalisierung der Prozesse rund um die Geburt eines Kindes ermöglicht für alle Beteiligten erhebliche Verbesserungen. ELFE möchte daher zukünftig die Eltern von der Antragstellung entlasten. Die Lösung „ELFE – Einfach Leistungen für Eltern“ soll Eltern die Geburtsurkunde für ihr Kind zuschicken und Elterngeld und Kindergeld auszahlen, ohne dass die Eltern dafür Behörden aufsuchen und komplizierte Anträge stellen müssen. Ihre Mitwirkung besteht lediglich aus einer Einwilligung zum innerbehördlichen Datenaustausch und der Entscheidung über Lebenssachverhalte.

Die technische Machbarkeit der Lösung ist im Grundsatz gewährleistet. Für Bremen ist sogar eine ELFE-Demo-App entwickelt worden, die eine Beantragung noch leichter zugänglich macht. Die App veranschaulicht das angestrebte Ziel einer neuen, digitalen Beziehung zwischen Eltern und Behörden.

Zur Verwirklichung der Ideen ist es jedoch erforderlich, dass die einschlägigen Fachgesetze geändert werden, um die benötigten rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Dazu ist ein Einvernehmen der Länder untereinander und mit dem Bund herzustellen. Hierzu findet eine enge Zusammenarbeit mit der Senatorin für Finanzen statt. Der von Bremen gemeinsam mit Hamburg, Schleswig-Holstein, Thüringen und Berlin initiierte Entschließungsantrag zu benötigten Änderungen in den betroffenen Fachgesetzen wurde nach Beratung in den betroffenen Fachausschüssen beschlossen.

d) Prozessoptimierung

Der Ist-Prozess wurde erfasst.

Zur Verbesserung der Prozesse hatte das Projekt ELFE die BürgerInnensicht in den Mittelpunkt gestellt und versucht die Prozesse und insbesondere ihre Zusammenhänge konsequent aus dieser Perspektive zu analysieren und optimieren (User Journey). Die daraus resultierenden Erkenntnisse wurden mit den zuständigen Stellen der Verwaltung gemeinsam bei der Fertigung des Soll-Prozesses eingearbeitet. Der Soll-Prozess 1.0 ist modelliert und befindet sich in der Abstimmung.

(D15) Online-Terminvergabe

Das Projekt Terminmanagement wird bei der Senatorin für Finanzen zentral aufgebaut.

Das Amt für Soziale Dienste, mit besonders hohem Kundenaufkommen, kann an dem zentralen Projekt zu einem hohen Grade partizipieren. Daher wurde der Fruchthof (F9) als Pilotprojekt für das Amt für Soziale Dienste festgelegt.

Das Projekt gliedert sich in vier Stufen:

1. Stufe: Terminvergabe zentral durch den Service F9
(Ziel-Umsetzung: Ende 2018)
2. Stufe: Terminvergabe zentral durch Anmeldebüro in der Elterngeldstelle
(Ziel-Umsetzung: Ende 2018)
3. Stufe: Terminvergabe in den Sozialzentren zentral durch den Service
4. Stufe: Terminvergabe online

Die erforderliche Software (TeVIS) ist zentral von Bremen eingekauft worden und wird über Performa Nord betreut. Es fand eine Präsentation des Programms und der möglichen Funktionen statt.

Die Projektgruppe hat eine örtliche Dienstvereinbarung entworfen und mit den Interessenvertretungen des AfSD vorabgestimmt. Die zentrale Terminvergabe in Stufe 1 soll für die Bereiche UVG und WiHi eingeführt werden. Dazu wird es im November ein Kick-off mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen geben, um das System vorzustellen und Fragen, Anforderungen und Anregungen für die Umsetzung aufzunehmen. In der Elterngeldstelle fand bereits ein Auftaktworkshop für die Umsetzung der 2. Stufe statt.

Die Erkenntnisse fließen jeweils in die örtlichen Dienstvereinbarungen mit ein.

(D68a / D68b) Digitales „Organisationsportal Soziales“ (OpoS) / Land / Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), Themenbereich „Familie & Kind“

a) (D68a) Portallösung (OpoS)

Die Beauftragung zur Erstellung der Portallösung unter Nutzung der vorhandenen KoGIs-Module steht kurz vor dem Abschluss.

Ende Oktober 2018 ist der Auftaktworkshop geplant. Dort werden die Struktur des Auftritts entworfen sowie die Inhalte festgelegt.

b) (D68b) Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), Themenbereich „Familie & Kind“

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen dazu, ihre Verwaltungsleistungen bis zum 31.12.2022 auch online anzubieten. In einer ersten Sichtung sind 575 sog. „OZG-Leistungen“ zusammengefasst worden, die entsprechend umzusetzen sind. Diese Leistungen sind wiederum in Themenbereiche gebündelt worden, die jeweils vom Bund in Zusammenarbeit mit mindestens einem Bundesland umgesetzt werden sollen.

Für den mit der OZG-Umsetzung verbundenen Aufwand sind im Projekt D68b: Digitales „Organisationsportal Soziales“ die zusätzlich erforderlichen Personalmittel vorgesehen. Die bis 2022 zu entwickelnden Lösungen sollen nicht über ein neues Portal Bremens, sondern über den mit service.bremen.de bereits existierenden Zugang und über vergleichbare Lösungen des Bundes und der anderen Länder verfügbar gemacht werden.

Die für die weitere Umsetzung notwendige Personalressource befindet sich in der Ausschreibung.

(D66) Digitalisierung in der Betreuungsbehörde: datenbankgestütztes Fallmanagement /Stadt

Es fand ein Kick-off mit den Beschäftigten der Betreuungsbehörde sowie angrenzenden Arbeitsbereichen und den Interessenvertretungen des AfSD mit Vorstellung des Projektes und des weiteren geplanten Vorgehens statt. Grundlegend hierfür ist die Aufnahme von Ist-Prozessen. Ende Oktober 2018 werden die ersten Prozesse modelliert.

Gleichzeitig soll das IT-System für die Betreuungsbehörde eine verbesserte Datenhaltung und -qualität gewährleisten. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, die Funktionsfähigkeit der internen Abläufe zu gewährleisten und die Effizienz in der Leistungserbringung zu erhöhen. Es wird ein einheitlicher, gemeinsam aktuell gehaltener Datenbestand aufgebaut. Hierdurch wird es ermöglicht, im Kontakt mit Externen schneller und verlässlicher auf die erforderlichen Daten zuzugreifen. Die Nutzung des Systems verringert den Aufwand für Recherchen, Aktenanlage etc. Dies ist ein notwendiger Schritt, um den steigenden Arbeitsanforderungen nachkommen zu können. Die Anforderungen an eine solche Software werden mit den beteiligten Bereichen festgelegt.

(D67) Mehrdimensionales Feedback-System „Bürgerservice Jugendamt Bremen“ (BJB) /Stadt

Das Jugendamt führt eine Vielzahl durch das Casemanagement initiiert Maßnahmen durch. Des Weiteren bieten die Häuser der Familie und die Erziehungsberatungsstellen Einzel- und Gruppenangebote an oder führen sie selbst durch. Im Sozialraum werden von den Stadtteilteams initiierte präventive Mikroprojekte durchgeführt. Diese Maßnahmen und Angebote binden erhebliche Haushaltsmittel und entfalten große Außenwirkung.

Vor diesem Hintergrund soll das mehrdimensionale Feedbacksystem „Bürgerservice Jugendamt Bremen“ (BJB) entwickelt werden.

Es gibt einen Entwurf, in welchen Bereichen und in welcher Form das Feedbacksystem entwickelt werden soll. Dieser Entwurf wurde mit den Interessenvertretungen des AfSD vorbesprochen. Im nächsten Schritt wird die Fachabteilung einbezogen.

(D65): Digitalisierung im Jugendamt: Online-Erziehungsberatung und elektronische Teamassistenz /Stadt

Mit dem Projekt werden folgende Ziele verfolgt:

1. Verbesserung des Zugangs zu den Leistungen der Erziehungsberatung des Jugendamtes (= funktionierender Service im Bereich der Bürgerdienste)
2. Erweiterung des bestehenden Angebots auf den digitalen Distributionsweg (= optimale Nutzung bestehender Kapazitäten)
3. Sicherstellung der Beratungskapazitäten durch Entlastung von internen administrativen Tätigkeiten (= funktionierender Service im Bereich der Bürgerdienste)

Das Projekt startet im Januar 2019.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Zur Realisierung der o.g. Vorhaben werden der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport aus den vorgesehenen Verstärkungsmitteln für das Handlungsfeld „Digitalisierung und Bürgerservice“ Mittel bis zum 31.12.2019 zur Verfügung gestellt.

Frauen und Männer profitieren von der Umsetzung der oben genannten Projekte gleichermaßen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

Die staatliche / städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Inhalte und Ziele der dargestellten ergänzenden Projekte der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport im Handlungsfeld „Digitalisierung und Bürgerservice“ zur Kenntnis.

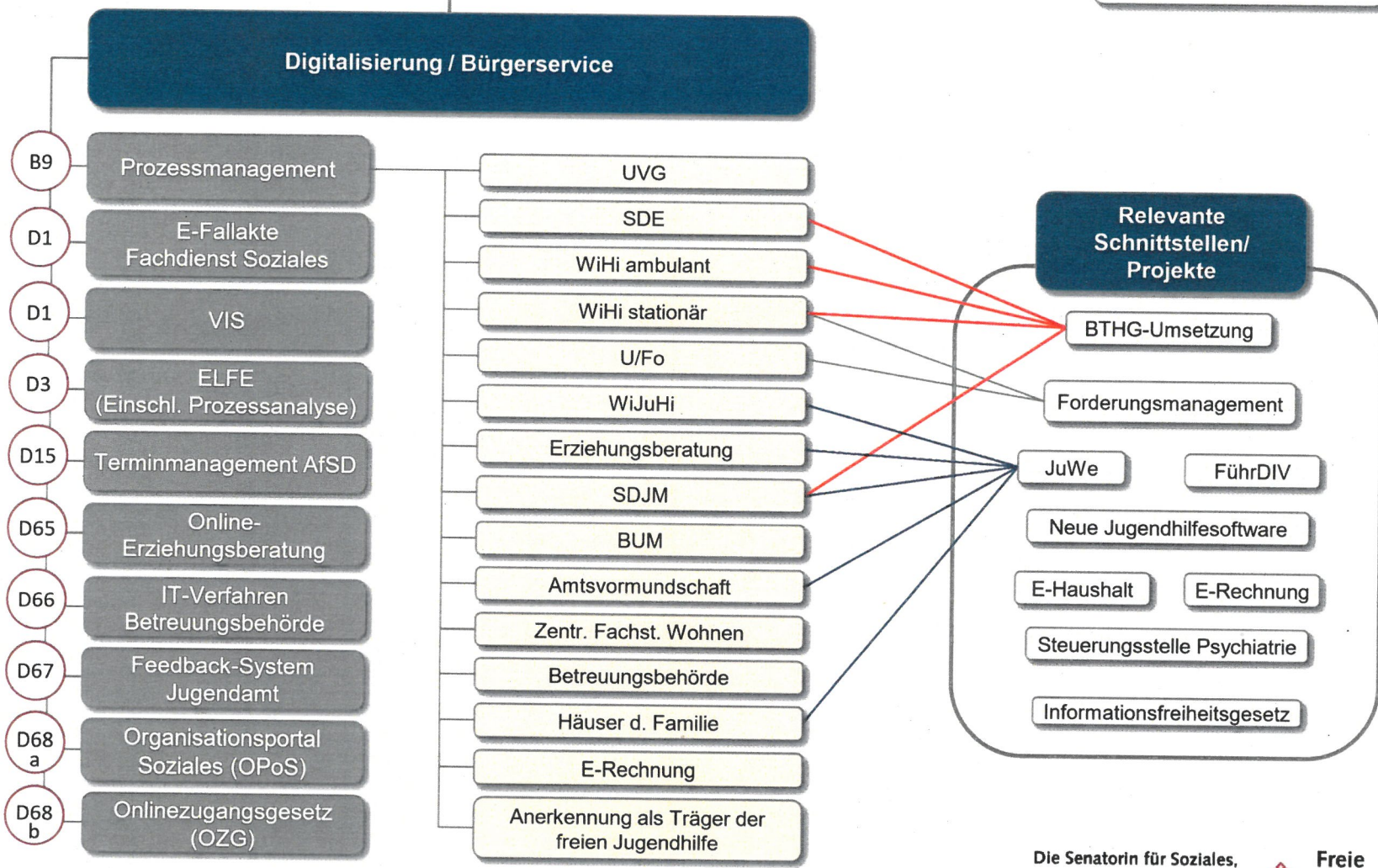
Anlage/n:

- Anlage 1: Überblick „Programm Soziales 2025“

2025

Soziales

- Geschäftsstelle
- Öffentlichkeitsarbeit (intern / extern)



Stand: 23.08.2018